

# COMMUNE

Debattenmagazin der Marxistisch-Feministischen Gruppe



**Ich ergriff die Waffen für die Freiheit meiner Hautfarbe. Sie ist nun unser – wir werden sie verteidigen oder zugrunde gehen!**

**Toussaint Louverture**

# Editorial

Kulturelle Aneignung mal andersrum: In der haitianischen Revolution haben schwarze Sklav\*innen die scheinbar übermächtige französische Kolonialmacht besiegt und Rache genommen – so manche\*r weißen Plantagenbesitzer\*in und Unterdrücker\*in wurde aufgehängt.

So passt unser Coverbild gut zu den Schwerpunkten unseres mittlerweile fünften Heftes. Wir wollen uns zwei Themen widmen. Zum einen dem Kampf gegen Rassismus und zum anderen der Strategie im Jugend- und Studierendenverband.

Doch vor den Schwerpunkten starten wir mit einem kleinen Geburtstags-geschenk. Die MFG wird dieses Jahr fünf Jahre alt und wir dachten uns, dass es nun Zeit für ein überarbeitetes Selbstverständnis ist.

Im Schwerpunkt **Antirassismus** widmet sich Kübra Çiğ dem Zusammen-hang von Class, Race und Gender. Sie zeigt, dass die Arbeiter\*innenklas-se viel vielfältiger ist, als es in manchen feuilletonistischen Zerrbildern scheint. Nach dem Verhältnis von Antirassismus und Antifaschismus hat Alexander Hummel für uns Fritz Burschel befragt. Dabei geht die Reise in die 90er zurück, die erschreckend viele Ähnlichkeiten mit heute haben. Janis Ehling wirft einen Blick über den marxistischen Tellerrand heraus und hat für uns Workers of the World rezensiert, das sich die internationale Arbeiter\*innenklasse ansieht.

In unserem zweiten Schwerpunktthema der **Verbandsstrategie** haben wir zwei Debattentexte für euch. Zunächst drucken wir euch unser Stra-tegiepapier zum SDS-Politikforum in Leipzig ab. Dabei schlagen wir einen Bogen von der Klassenlage der Studierenden in unserem Verband über Hochschulpolitik und Gesellschaftspolitik bis zur Überwindung des Kapi-talismus. Auch in der linksjugend [solid] sind Mitglieder von uns aktiv. Vor seiner Wahl in den Bundessprecher\*innenrat hat Jakob Migenda einen kritischen Blick auf die Lage des Jugendverbandes geworfen und in sei-nem Debattenbeitrag auch Wege zur Lösung der Krise vorgeschlagen.

Viel Spaß beim lesen wünscht euch eure Commune-Redaktion und die MFG

*PS: Wenn ihr mit debattieren, widersprechen oder ergänzen wollt, dann könnt ihr auch gerne einen Artikel für die kommen-de Ausgabe schreiben. Wir wollen kein Zentralorgan, sondern ein lebendiges Debattenmagazin über aktuelle Probleme des Marxismus-Feminismus sein.*

Mehr gibt es unter: [marxismus-feminismus.de](http://marxismus-feminismus.de)

**COMMUNE**

# Inhalt

Seite

## Entwurf für ein neues MFG-Selbstverständnis

3

## Schwerpunkt - Antirassismus

### Es ist nicht alles Klasse

Kübra Çığ

8

### „Antifaschismus oder Antirassismus reichen allein nicht aus“

Interview mit Friedrich Burschel

11

## Schwerpunkt - Verbandsstrategie

### Wie weiter mit dem SDS?

Strategiepapier der Marxistisch-Feministischen Gruppe

19

### (Wege aus der) Krise des Jugend- verbands

Jakob Migenda

26

## Rezensionen

### Arbeit, Identität und der Kampf – freie Arbeiter\*innen vs. Migrant\*in- nen?

Janis Ehling

31

## Entwurf für ein neues MFG-Selbstverständnis

### drop in the ocean – oder wie verändere ich die Welt?

*Dieses Jahr feiern nicht nur SDS und LINKE Geburtstag. Die MFG wird zwar noch nicht zehn, sondern erst fünf, aber dennoch hat sich seit unserer Gründung einiges getan. Darauf wollen wir reagieren und unser Selbstverständnis erneuern.*

Für Linke stellt sich aber die Frage, wie wir als einzelne, als Tropfen im Ozean, die Welt verändern können. Alleine werden wir das nicht schaffen. Daher organisieren wir uns um den Kapitalismus abzuschaffen.

Der Kapitalismus ist eine Klassengesellschaft. Einige wenige Menschen herrschen über viele andere, ob despotisch oder in einer liberalen Demokratie. Der Kapitalismus beruht auf der Ungleichheit und Ungleichbehandlung zwischen Menschen aufgrund ihrer Klasse, ihres Geschlechts oder ihrer Hautfarbe oder Ethnie. Der Kapitalismus zerstört die Grundlagen menschlichen Lebens überhaupt. Wenn wir eine Zukunft haben wollen, wenn wir gut oder besser leben wollen, kann das nur jenseits des Kapitalismus passieren. (Anmerkung: lieber explizit Sozialismus).

Als Marxist\*innen-Feminist\*innen setzen wir bei diesen Widersprüchen an. In die Risse der kapitalistischen Gesellschaften treiben wir

unsere Keile. Wir spitzen die Widersprüche zwischen den Oberklassen und den arbeitenden Menschen zu. Gleichzeitig arbeiten wir daran die Spaltung zwischen den arbeitenden Klassen, Männern und Frauen, entlang der Ethnie und Kultur zu überwinden.

Das werden wir nicht schaffen, wenn wir existierende Unterschiede und Ungleichheiten ignorieren wie das Linksliberale und orthodoxe auf unterschiedliche Weise tun. Wir müssen sie benennen und an ihrer Abschaffung arbeiten. Der Sozialismus wird so aussehen wie die Kraft, die ihn durchsetzt. Wir müssen daher nicht nur kritisch mit den Herrschenden, sondern immer auch kritisch mit uns selber sein.

### Der Keil, den wir meinen

Nur wenn wir die Vereinzelung überwinden, können wir den Kapitalismus überwinden. In einer liberalen Demokratie ist es historisch am sinnvollsten sich in einer linken Partei zu organisieren. Ganz einfach weil sie die größte linke Kraft ist und weil nur in ihr die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen zusammenkommen, die es braucht um den Kapitalismus zu überwinden.

Daher organisieren wir uns in der größten linken Partei DIE LINKE, in ihrem Studierendenverband DIE LINKE.SDS und dem Jugendverband linksjugend solid. Wir wissen das diese Organisationen überaus

wider-sprüchlich sind. DIE LINKE, solid und SDS sind überaus plurale Organisationen mit sehr unterschiedlichen ideologischen Traditionen. Trotzdem sind sie die vielversprechendste Kraft zur Gesellschaftsveränderung. Eine Arbeit in kleinen linken Sekten lehnen wir als linke Selbstbeschäftigung ab. Wir organisieren uns daher als politische Gruppe in den genannten Organisationen. Im Gegensatz zu trotzkistischen Gruppen hat für uns die Gesamtbewegung aber immer Vorrang (*Primat der Organisation!*)

### **Warum organisieren wir uns dann aber als Strömung?**

LINKE, SDS und solid sind wichtig, weil sie die vorherige linke Zersplitterung in der Gesellschaft, unter den Jugendgruppen und an den Hochschulen überwunden haben. Diese Zersplitterung setzt sich aber unter dem Dach der Organisationen fort. Wir setzen uns daher für die Einheit der Linken ein.

Aber LINKE, SDS und solid sind in der derzeitigen Verfassung nicht strategiefähig. Sie wurden als Defensivbündnis gegen den Neoliberalismus geründet. In der Abwehr neoliberaler Politik sind sich alle einig. Bei den Zielen sieht es anders aus. Hier gibt es einen Blumenstrauß an Vorstellungen. Die linken Organisationen können kaum gemeinsam handeln. Die Führung ist jeweils stark von der Basis abgekoppelt und demokratische Beschlüsse

haben wenig Bindungskraft. In den kommenden Verwerfungen des Kapitalismus brauchen wir eine gemeinsam handelnde Kraft.

Unser klares Ziel ist der demokratische Sozialismus. Dafür müssen wir eine linke Alternative, eine breite Massenorganisation aufbauen. Diese Organisation soll radikaldemokratisch, marxistisch, feministisch, rassismuskritisch und ökologisch sein.

### **Besondere Ziele**

Weil wir in der Tradition linkssozialistischer Politikansätze stehen, treten wir in besonderem Maße für eine Basisorientierung ein. Organisationen werden über demokratische Prozesse von unten verändert. Unsere Mitglieder sind daher gehalten, stets in den Basisorganisationen aktiv zu sein. Reines Funktionärs-, Stellvertreter\*innen und Karrierist\*innentum lehnen wir ab. Wir treten daher für eine Stärkung der Basis wie für die Einhaltung demokratischer Beschlüsse ein. Unsere eigenen Funktionäre sollen in Bezug auf Gehälter und Mandatsbeiträge Vorbildfunktion einnehmen.

Im Gegensatz zu Organisationen, die am status quo nichts verändern wollen, sind antikapitalistische Organisationen auf ein hohes politisches Bewusstsein angewiesen. Ohne selber denkende, politisch bewusste Mitglieder werden

wir früher oder später in unserer Entwicklung stecken bleiben. Wir setzen uns daher als MFG im besonderen Maße für die Stärkung der Bildungsarbeit ein. Analyse und Handeln müssen Hand in Hand gehen.

Die stärkste geistige Waffe der Linken ist der Marxismus. Wir treten daher für eine marxistische Bildungsarbeit ein. Wir verfolgen dahierbei ein offenes Marxismusverständnis. Klassenorientierung, die Kritik der politischen Ökonomie und der historische Materialismus sind für uns selbstverständlich.

Doch der Marxismus, als wissenschaftlicher Sozialismus bedarf der beständigen Weiterentwicklung. Wissenschaftliche Aussagen sind zeitgebunden und auch die Begründer des Marxismus sind nicht unfehlbar. Wo der Marxismus nicht auf der Höhe der Zeit ist oder unzureichend, muss er ergänzt werden. Das gilt insbesondere für die Bereiche „race“ und „gender“.

Neben der Sexismus- und Rassistuskritik kritisieren wir ebenso eine Akademisierung der Linken. Entsprechend treten wir für alle Instrumente ein, die die gesellschaftlichen Ungleichheitsverhältnisse in der Organisation überwinden helfen. Unsere Bildungsarbeit, unser



Umgang in Wort und Schrift sollen daher kurz, partizipativ und in einfacher Sprache gefasst sein. Diskussionen sollen offen und solidarisch geführt werden. Wir setzen uns daher insbesondere für eine solidarische Kultur ein.

Die solidarische Kultur gilt für uns nicht nur in der Partei. Auch nach außen wollen wir solidarisch in Bündnissen mit anderen agieren. Ein privilegierter Bündnispartner sind für uns die Gewerkschaften auf allen verschiedenen Ebenen.

### Schlussworte

Für die Partei, den SDS und solid haben wir aufgrund der unterschiedlichen Stellung der Organisationen gesonderte Ziele. Als MFG wirken wir in der Partei, DIE LINKE.SDS, solid in diesem Sinne. Möge der Sozialismus mit euch sein.

## Anhang zum Selbstverständnis

### DIE LINKE

DIE LINKE ist als Bündnis aus PDS, WASG und vielen verschiedenen politischen Organisationen und Traditionen entstanden. Sie ist die wichtigste antineoliberale Kraft in Deutschland. Ein klares Ziel hat die Partei nicht – eher eine Palette an Vorstellungen. Genauso diffus sind die Vorstellungen wie genau linke Politik zu machen ist. Ein erheblicher Teil der Linkenpraxis erschöpft sich in der parlamentarischen Arbeit. Die Partei ist auf Bundes-, Landes- und auf kommunaler Ebene oft von den Fraktionen dominiert. Das finden wir falsch. Politische Entscheidungen sollten aufgrund demokratischer Beschlüsse und nicht irgendwelcher privilegierter Positionen getroffen werden.

Überdies wird der Handlungsrahmen der Parlamente immer weiter eingeschränkt. Wir treten daher entschieden der Illusion entgegen, dass über Parlamente allein die Gesellschaft grundsätzlich zu verändern sei. Nichtsdestotrotz ist die parlamentarische Arbeit wichtig. Alle Spielräume müssen genutzt werden. Doch sollten die Fraktionen in ihrer Bedeutung gegenüber den gewählten Gremien abgestuft werden. Die parlamentarische Arbeit wichtig. Alle Spielräume müssen genutzt werden. Doch sollten

die Fraktionen in ihrer Bedeutung gegenüber den gewählten Gremien abgestuft werden. Die parlamentarische Arbeit sollte gegenüber der gesellschaftlichen nachgeordnet sein.

Gesellschaft verändert sich über die Veränderung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse – entweder auf massiven Druck oder in Krisensituationen. Entsprechend unterstützen wir Bewegungspolitik. Aber auch diese hat ihre Grenzen. Priorität hat für daher die Stärkung der Organisation.

Deswegen setzen wir uns in der LINKEN für eine Verbreiterung der Organisation (Basisorientierung), die Stärkung der Bildungsarbeit und demokratischer Gremien ein.

### SDS-Praxis

Im SDS wirken wir für eine Stärkung der Basisgruppen. Im SDS setzen wir uns für hochschulpolitisches Engagement in der Verfassten Studierendenschaft ein. Die Gremien der Verfassten Studierendenschaft sind eine quasi-gewerkschaftliche Interessenvertretung der Studierenden. Eine ebenso wichtige Stellung hat für uns die unmittelbare Interessenvertretung von und durch Studierenden. Hochschulpolitik verstehen wir als Gesellschaftspolitik.

Wir kämpfen aber auch für die Veränderung der Hochschulen selber. Die Hochschulen sind ein wichtiger Ort der gesellschaftlichen Ideolo-

gieproduktion. Daher kämpfen wir auch um die intellektuelle Hoheit an den Hochschulen.

In den Basisgruppen und im Bundesverband setzen wir uns für die Durchführung von zentralen Bildungsseminaren, dezentralen Lesekreise und Bildungsveranstaltungen ein. Bündnispartner\*innen sind für uns an den Unis GEW, ver. di und im Kampf um Kritische Wissenschaft BdWi und AKG.

Insbesondere unterstützen wir zudem den Frauen\*kampftag.



## Es ist nicht alles Klasse

### Kübra Çığ begibt sich auf die Suche nach dem Zusammenhang zwischen Rassismus, Klasse und Geschlecht.

Marx' Klassenbegriff hat ein Eigenleben entwickelt und wurde bis zu den 1960'ern weitgehend mit dem männlichen weißen, europäischen Industriearbeiter gleichgesetzt. Zu dieser Zeit begann eine Phase größerer sozialer Aufstände und Bewegungen und die Stimmen der zweiten Welle des Feminismus, der Schwarzen Bürgerrechtsbewegung in den USA und der antikolonialen Befreiungsbewegungen wurden unüberhörbar laut. Diese Bewegungen setzten in den kommenden Jahrzehnten eine vielfältige Theorieproduktion in Gang. Ihre Kritik war, dass „der Arbeiter“ nicht einfach das revolutionäre Subjekt sein könne, da „der Arbeiter“ selbst von bestimmten, sozial konstruierten Herrschaftsverhältnissen profitierte und dadurch etwa gegenüber Frauen oder Schwarzen oft selbst in der Rolle des Unterdrückers eingenommen habe. Dadurch fand das Thema der Verschränkung unterschiedlicher Herrschaftsverhältnisse immer mehr seinen Weg auf die Tagesordnung eines Teils der Linken. Parallel dazu entwickelte sich aber auch eine enorme Ablehnung gegenüber dieser Kritik, meistens von Seiten weißer, lohnabhängiger Männer. Dass die Unterdrückung von Frauen und Nicht-Weißen im-

mer mit materieller Benachteiligung einhergeht, wird aber bis heute in Diskussionen über „Identitätspolitik“ gerne von den traditionellen Marxisten ausgeblendet.

Doch Feministinnen erklären seit mehreren Jahrzehnten geduldig die materielle Basis und die alltäglichen Auswirkungen dieses Unterdrückungsverhältnisses. Insbesondere marxistische und sozialistische Feministinnen haben zutreffend herausgearbeitet, dass Kapitalismus auf unentlohnter weiblicher Arbeit basiert und ohne diese gar nicht möglich wäre. Die sogenannten „Hausfrauen“-Tätigkeiten wie kochen, putzen, einkaufen, emotionale und sexuelle Zuwendung an den Arbeiter – also die Reproduktion der Arbeitskraft des Arbeiters, aber auch die Reproduktion des Lebens – wurden systematisch abgewertet, biologisch begründet und in die Sphäre des Privaten gedrängt. Frauen, die in den Anfängen des Industriekapitalismus stark in der Produktionssphäre aktiv waren, wurden mit großem Tamtam über die Etablierung der Kleinfamilie wieder nach Hause geschickt. In der Zeit davor sank die Lebenserwartung des Proletariats auf durchschnittlich 20 Jahre, weil niemand sich um

die Reproduktion der Arbeitskraft kümmern konnte. Schließlich setzte sich die Abwertung von Hausarbeit und der romantischen Mythos, dass Frauen alles aus Liebe machen würden, durch. Die Wichtigkeit und der Stellenwert dieser Tätigkeiten wurden nicht anerkannt und nicht in die Arbeitskämpfe mit Forderungen nach angemessener Entlohnung einbezogen. Dies führte zu der finanziellen Abhängigkeit der Frauen von ihren Ehemännern, und der „Heiratsmarkt“ wurde für Frauen gleichbedeutend mit dem „Arbeitsmarkt“ – egal ob sie auf Männer oder Frauen standen. Praktisch hieß das für viele Frauen, physischer, psychischer, emotionaler, sexueller und ökonomischer Gewalt von ihren Ehemännern ausgesetzt zu sein.

Nach dem zweiten Weltkrieg wurden Frauen im Westen zwangsläufig wieder in die Produktionssphäre eingeladen. Im Zuge dessen entwickelte sich eine neue Emanzipationswelle, die aber leider auf Kosten von Migrantinnen ausgetragen wurde. Die teils emanzipierte, lohnarbeitende Frau konnte sich mithilfe der Pille ihrer traditionellen Aufgabe des Kindergebärens und Erziehens teilweise entziehen, trotzdem gab es genug Kinder und genug Hausarbeit, um deren Erledigung sich Männer gar nicht kümmerten. Folglich wurden die „emanzipierten“ Frauen vor die Wahl gestellt,

entweder die Doppelbelastung in Produktions- wie Reproduktionssphäre in Kauf zu nehmen oder mit ihrem – im Vergleich zu ihren männlichen Kollegen gemeinhin schlechteren – Lohn die Arbeitskraft von zumeist migrantischen Haushaltshelferinnen und Kindermädchen zu kaufen. Die Entscheidung hing/hängt immer noch davon ab, ob die lohnarbeitende Frau niedriges Einkommen hat ist- oder zur Mittelschicht gehört. Aber auch darüber hinaus verhalfen Arbeitsmigrantinnen in Westdeutschland den schon erwerbstätigen herkunftsdeutschen Frauen zu einem Mobilitätssprung und besseren Jobs, indem sie sie von den schlechtesten und untersten Arbeitsplätzen ablösten.

Bis heute lässt sich der Trend beobachten, dass die härtesten, dreckigsten, eintönigsten und am schlechtesten bezahlten Jobs an Nicht-Weiße abgewälzt werden - in Deutschland wie auf globaler Ebene. Selbst in der zweiten oder dritten Generation werden Menschen mit Migrationsgeschichte durch das entlang von Rassismus und Klasse diskriminierende Bildungssystem ausgesiebt, die Wege der sozialen Mobilität sind versperrt. Das europäische Grenzregime und die Migrationspolitik macht Menschen sowohl horizontale, als auch vertikale Mobilität unglaublich schwer.

Fürs Kapital jedoch gelten andere

Spielregeln. Sei es der internationale Zugriff auf auszubeutende Naturressourcen oder die Verlagerung der Produktion in den globalen Süden um den humaner geregelten Arbeitsbedingungen in westlichen Ländern zu entkommen. Im globalen Süden wird die Arbeitskraft durch neokoloniale Politik auf ein viel niedrigeres Lohnniveau festgenagelt als in den imperialistischen Zentren. Das Kapital entzieht sich währenddessen immer mehr der Kontrolle demokratisch legitimer Institutionen und höhlt die organisierte Macht der Lohnabhängigen in Ländern des globalen Nordens aus. Dabei profitieren die Unternehmen am meisten, jedoch auch die Arbeiter\*innen haben Zugang zu billigeren Waren wie neuen Lebensmitteln und Elektronikgeräten. Dieses Machtgefälle bildet die Grundlage für Rassismus im globalen Norden und vermehrte Verelendung, Despotie und zügellose Naturzerstörung und weitere Fluchtursachen, aber auch für Widerstand und Arbeitskämpfe dagegen im globalen Süden.

Daher ist für die Linke eine transnationale Perspektive auf Klassenkämpfe notwendiger denn je. Ein gutes Beispiel internationaler Solidarität zeigten schwedischen Gewerkschaften bei Volvo, indem sie in Europa Druck ausübten, damit die lange ignorierten Streiks in Indien Erfolg hatten. Die Kritik

an Rüstungspolitik, Welthandelspolitik und Kriegseinsätzen unter dem Vorwand von Menschenrechten muss lauter werden. Es müssen auch Teilhabemöglichkeiten an sozialem und wirtschaftlichem Reichtum für Menschen geschaffen werden, die geografisch und politisch bisher davon abgeschnitten sind. Dies bedeutet auch, die schon längst stattfindenden Kämpfe endlich wahr- und ernst zu nehmen: die Kämpfe von Geflüchteten, in denen sich die Kämpfe gegen Rassismus, Sexismus und Kapitalismus bündeln, die Organisation von Migrant\*innen und People of Color, queere Kämpfe um geschlechtliche Selbstbestimmung, Frauenkämpfe um sexuelle Selbstbestimmung und Abtreibungsrecht, die großen Frauen\*kampftagsdemos und die Care-Revolution. Denn eine linke Theorie kann nicht in einem Vakuum entstehen und eine linke Praxis darf nicht die im Hier und Jetzt stattfindenden Kämpfe ignorieren oder marginalisieren.

## „Antifaschismus oder Antirassismus reichen allein nicht aus“

*Der Rechtsruck in Deutschland, der 2015 bald nach dem Sommer der Migration einsetzte, verlangt nach Antworten. Bei der Suche danach hilft ein Blick in die Geschichte des Kampfes gegen Rechts. Alexander Hummel sprach mit Friedrich ‚Fritz‘ Burschel über die Geschichte der Antifa- und Antira-Bewegung, ihre Unterschiede und Gemeinsamkeiten und die Perspektiven einer ‚Antifra‘-Bewegung, welche die falschen Gegensätze aufhebt.*

**Commune:** *Bevor wir auf die Verschränkung von Antifaschismus und Antirassismus zu sprechen kommen, müssen wir zunächst die beiden Konzepte klar auseinander halten können. Könntest du zunächst die bereits ältere antifaschistische Bewegung definieren?*

**Fritz Burschel:** Antifaschismus zu definieren, ist nicht so leicht; der historische Bezugspunkt ist die Antifaschistische Aktion der 1920er und 1930er Jahre, wo es ein klares Feindbild gab und eine recht eindeutige Ausrichtung als militante Gegenwehr und Selbstschutzorganisation – natürlich im Rahmen einer revolutionären, zumindest sozialistischen Arbeiter\*innenbewegung. Geschichtlicher Dreh- und Angelpunkt unhintergebar antifa-

schistischer Selbstverpflichtung jedoch ist bis heute der Kampf gegen den Nationalsozialismus, der Zweite Weltkrieg, die Shoah und die Massenvernichtung von Menschen. Der vielfältige kommunistische, sozialdemokratische, kirchliche und humanistische Widerstand und der entschlossene Kampf von Partisan\*innen in allen Teilen des besetzten Europas bilden bis heute den Kern antifaschistischer Tradition. Die Auseinandersetzung mit dem deutschen Zivilisationsbruch der Shoah und dem monströsen Vernichtungskrieg begründet das starke Engagement antifaschistischer Aktiver im Bereich der Erinnerungskultur, des Gedenkens an deutsche Verbrechen und der Pflege von Gedenkorten sowie in antifaschistischer Bildung.

In Nachkriegswestdeutschland skandalisierte eine wiederentstehende Antifaschistischen Aktion die bruchlosen Kontinuitäten aus der Nazi-Zeit und die Karrieren von Täter\*innen aus den NS-Funktions- und Vernichtungseliten im neu entstehenden Staat und stand damit immer mit unter Kommunismus-Verdacht und war Ziel von Verfolgung und Repression.

Erst die Verjüngung mit einer nächsten Post-68er-Generation – die heute auch schon wieder alt geworden ist – und mit dem Aufkom-

men der Autonomen Antifa in den 80ern löste sich die Subkultur von Arbeitermilieu und Parteienbindung. Jetzt waren es mehr die Kinder gebildeter Mittelschichtler\*innen, den Schock der allmählichen NS-Aufarbeitung in den Gliedern, die Autonomie wollten und den Antifa-Hut aufsetzten.

**Commune:** *Wie ging es im wiedervereinten Deutschland mit der Antifa und wie kam es dann zu den ersten Kontakten mit der damals noch sehr jungen Antira-Bewegung?*

**FB:** Ein wichtiger Einschnitt in die Geschichte der Antifa ist der Fall der Berliner Mauer, denn mit der Wende nahmen Aktivitäten Morgenluft witternder Neo- und Altnazis, die die „fünf neuen Bundesländer“ nicht nur als Rekrutierungsfeld für neue Kräfte betrachteten, sondern auch die Schaffung „national befreiter Zonen“ sich vornahmen. Die Zeit permanenter pogromartiger rassistischer Angriffe – ja nicht nur in Ostdeutschland, man denke an Mannheim, Mölln, Solingen, Rosenheim – machte eine rasche, zum Teil verzweifelte antifaschistische Gegenwehr bitter notwendig. Das trieb zumal ostdeutsche Jugendliche zur Selbstorganisation als Notwehr. Vielfach standen sie den öffentlichen Raum kontrollierenden und in der Regel überlegenen Nazihorden gegenüber und konnten ebenso wie als nicht-deutsch



*Der pogromartige Angriff auf das Sonnenblumenhaus Anfang der 90er Jahre war für die Antifa/Antira-Bewegung in Deutschland prägend.*

Wahrgenommene nicht mit dem Schutz der institutionell selbst rassistischen oder zumal anfangs auch völlig überforderten Behörden rechnen. Es war die Zeit der Nachtwachen und Nothilfe-Aktionen rund um Asylsuchenden-Unterkünfte, soziokulturelle Zentren und andere nicht-rechte Treffs. Die Zeit der umstrittenen „Feuerwehr“-Einsätze der Großstadt-Antifa im vor allem ostdeutschen ländlichen Raum, wo von schweren Gewalttaten traumatisierte Antifa-Gruppen mit dem Rücken zur Wand standen...

In jener bedrückenden Zeit jedenfalls, deren negativer Höhepunkt der miese „Asylkompromiss“ im Bundestag 1993 war, entstand

auch die antideutsche Fraktion der Antifa, der Linken überhaupt. In dieser Zeit war man auf Gedeih und Verderb mit einer antirassistischen Bewegung verbandelt, die – so die Arbeitsteilung – sich um ankommende Geflüchtete im Asylverfahren kümmerten, um Illegalisierte und um von Nazis und Polizei Angegriffene. In der ungewöhnlich erfolgreichen Kampagne „kein mensch ist illegal“ waren sich die beiden linken Stoßrichtungen so nah wie nie: Viele Antifas – wie ich selber – beteiligten sich an den kmii-Aktionen, waren im Alltag aber und in der Soli-Arbeit für Geflüchtete und Asylsuchende auch auf ihr „eigentliches Metier“, die Antifaschistische Aktion, zurückgeworfen. In dieser Zeit entstanden in Deutschland auch Antifa-Recherche-Teams und Archive, die mit hohen nahezu wissenschaftlichen Standards die Grundlagen antifaschistischer Politik liefern, was – mit Blick auf den Nach-Wende-Terror, 200 von Nazis ermordete Menschen, den NSU und neueste Entwicklungen – enorm wichtig ist. Wer heute aber – und das kommt vor – denkt, Antifa sei im Wesentlichen eine Sportart oder ein männlicher Initiationsritus ist nicht nur geschichtslos, sondern sieht auch den Zusammenhang zwischen Antifa und Antira nicht, die siamesische Zwillingenschaft, man denke nur an den NSU-Komplex, an 2500 Angriffe auf Geflüchtetenunterkünfte

allein im Jahr 2016, die 217 Angriffe auf Geflüchteten-Unterstützer\_innen und an den aktuellen krassen europäischen Rechtsruck, der von Nationalismus, Rassismus und völkischer Formierung gegen ankommende „Andere“ gekennzeichnet ist.



*Die Kampagne „kein mensch ist illegal“ ist vielen später geborenen heute nur noch durch ihren erfolgreich im bundesdeutschen Diskurs verankerten Slogan bekannt. 1997 wurde das Netzwerk auf der documenta in Kassel gegründet und konnte neben autonomen antirassistischen Gruppen auch Initiativen für ein Kirchenasyl vereinen.*

**Commune:** *Dann hat also die antifaschistische Bewegung seit den 30er Jahren eine Vielzahl an Transformationen durchgemacht, während Antirassismus als Bewegung erst in den frühen 90er Jahren beginnt? Hier gab es doch sicher auch schon einigen Wandel seit dessen Entstehung?*

**FB:** Es gab durchaus eine Vorgeschichte zur Entstehung der antirassistischen Bewegung: Ende der 1980er Jahre verübten die Revolutionären Zellen (RZ) mehrere An-

schläge mit rassistuskritischem Gehalt. Zu erinnern wäre an die Knieschussattentate auf den Chef der Berliner Ausländerbehörde Hollenberg (1986) und den Bundesverwaltungsrichter Korbmacher 1987 sowie an den Anschlag auf das „Ausländerzentralregister“ in Köln 1986. Wie immer man zu diesen Anschlügen stehen mag, sie sollten in der Szene als Beiträge zu einer Rassismus-Diskussion verstanden werden. Das Echo blieb jedoch minimal, es entstand keine Bewegung, die sich in irgendeiner Weise auf die in den Bekennerschreibern der RZ eingenommenen Positionen bezog. Wie gesagt und schon beschrieben, entstand eine antirassistische Bewegung erst als Reaktion auf den rassistischen Notstand im Gefolge der Wende. Praktische Hilfe und Solidarität hat die ganze damals aktive linke Generation geprägt. Schutz vor Abschiebungen, Störung von Abschiebungen an Flughäfen und Aktionärsversammlungen von Abschiebe-Airlines („Deportation Class“), Organisation heimlichen Unterschlupfs für Geflüchtete, Schule für die Kinder illegalisierter Familien, medizinische Flüchtlingshilfe, die erste mir bekannte Online-Demo gegen die Lufthansa-Website, Vernetzung mit Antira-Initiativen in anderen Ländern, wie den „Sans Papiers“ in Frankreich, bis hin zu aktiver Fluchthilfe standen auf der Agenda und wurden eingeübt.

Der spektakuläre Beginn von kmii auf der Documenta X in Kassel 1997, welcher sich dann mit den großen Antirassistischen Sommercamps ab 1998 fortsetzte – zunächst an den damaligen EU-Außengrenzen zu Polen, Tschechien und teils auch Österreich, dann in Jena, Frankfurt, Köln und Straßburg. Es ließen sich noch weitere aufzählen. Bis heute gibt es diese Gruppen flächendeckend in ganz Deutschland und sie erleben augenblicklich eine Renaissance, nachdem das Thema einige Jahre auf kleiner Flamme kochte.

**Commune:** *Würdest du vor dem Hintergrund der von dir beschriebenen Wandlungen des Antifaschismus und Antirassismus diese als negative Spiegelbilder des organisierten Faschismus und Rassismus in Deutschland begreifen?*

**FB:** In gewissem Sinne finde ich das Bild vom Spiegel nicht so schlecht, weil es ein, um nicht zu sagen, das Problem beider Strömungen beschreibt: Die Selbstdefinition ex negativo als Gegenreaktion, die sich damit zwangsläufig auch ex negativo selbst beschreiben und nicht aus einer politischen oder humanen Vision, aus einer weltverändernden Perspektive heraus.

Das verweist auch auf die grundsätzlich Einsicht, dass Antifa oder Antira allein nicht ausreicht, es muss immer um eine gesamtgesellschaftliche Kritik und Perspek-

tive gehen: ohne die herrschenden Verhältnisse, Sexismus und Männerherrschaft, Rassismus und Kapitalismus, Nationalismus und den sozialen Krieg zu thematisieren, bleibt Antifa Symptombekämpfung oder Hobby.

**Commune:** *Gab es auch etwas, was schon in der Frühzeit die beiden Bewegungen vereinte?*

**FB:** Das Verbindende zwischen den Antifas und der Antirassistischen Bewegung war der Kampf gegen Rassismus mit den Slogans „Rassismus tötet“ oder „Das Problem heißt Rassismus“. Beide führten den Kampf gegen sich ermächtigt führende Nazis und den rassistischen Bürgermob, gegen indifferente Behörden und im Windschatten rassistischer Pogrome massiv verschärfte Asylgesetze und das damit verbundene krude Abschieberegime sowie gegen eine verlogene Politik der Migrationsverhinderung und Geflüchtetenabwehr, die zwar über die brutale Grenzschließung durch den ungarischen Faschisten Viktor Orban den erhobenen Zeigefinger reckt, um dann aber bequem hinter dessen Grenzzaun sich mit zu verschanzen. Immerhin kann eine linke, antirassistische Bewegung in Kommunikation treten mit – laut Ehrenamtsstudie der Humboldt-Universität – rund 7 Millionen Bundesbürger\*innen, die sich aktiv für Geflüchtete einsetzen und die

Menschen in vielfacher Weise ohne großes Trara unterstützen.

**Commune:** *Wie würdest du dich selbst früher und heute in den eben beschriebenen Bewegungen verorten?*

**FB:** Von einer handgeschnitzten Landantifa kommend sahen mich die Pogrome der frühen 1990er Jahre bei „Feuerwehreinsätzen“ vor Geflüchteten-Unterkünften, beim Antirassistischen Telefon, in entsprechenden Notfall-Telefonketten, aber eben auch in den Diskussionen um Wehrmachtssausstellung, Goldhagens „Hitlers willige Vollstrecker“ sowie durchaus in antideutschem Furor gegen das „wieder erwachende“ und „wieder gut gemachte“ Deutschland. Einiges von dieser Wut – zumal bei den Auseinandersetzungen in den Nuller und 2010er Jahren zum Dresdener Jahrestag der Bombardierung – treibt mich noch heute um und an.

Aber Mitte/Ende der 1990er Jahre war klar, dass der mörderische Rassismus und staatlicher Rassismus im Umgang mit Geflüchteten eine umfassendere Perspektive aufriefen als das beschriebene, oft auch regional begrenzte Kleinklein des Antifa-Aktivismus. Die Leute fanden daher zusammen. Für mich selbst hieß das, dass ich Teil der Münchener Gruppe [über die Grenze] wurde, bei dem hoch-offiziellen Erscheinen der Kampagne „kein mensch ist illegal“ auf der



„documenta X“ dabei war, was sich mit Eröffnung der diesjährigen Documenta Anfang Juni zum 20. Mal jährt. Außerdem habe ich aktivistisch die Organisation des ersten Antirassistischen Sommercamps in Rothenburg an der Neiße 1998 und des vierten Camps in Jena verantwortet. Bis heute zählen Inhalt, Dynamik und Leidenschaft der Kampagne und der Menschen, die darin aktiv waren, zu den magischen Momenten meines politischen Lebens und bis heute erinnere ich mich an unser Erstaunen darüber, wie sich diese freche, laute und kämpferische Kampagne zu einer Zeit mit dem berühmten Logo und seinen selbstbewussten Aktionen viral verbreitete, als es das Wort viral in diesem Kontext noch gar nicht gab. Ganz besonders wichtig ist damals auch das Zusammenkommen und Zusammengehen mit migrantischer Selbstorganisation und Geflüchteteninitiativen gewesen, auch wenn das schwierige Aushandlungsprozesse und schmerzhaftes Auseinandersetzen waren. Zu nennen ist in diesem Kontext auf jeden Fall das selbstorganisierte Refugee-Netzwerk „The Voice“, das damals zunächst v.a. in Thüringen gegen das rigide und vielfach rassistische „Asylmanagement“ entstanden war. Ergebnis war damals eine sehr weitgehende Verschränkung antirassistischen und antifaschistischen Engagements.

**Commune:** *Später geborene kennen heute nur noch den Slogan „Kein Mensch ist illegal“. Wie kam es zum Ende der Kampagne?*

**FB:** Nachdem es der deutschen Politik gelungen war über geradezu imperiale Rückübernahmeabkommen, über Drittstaaten- und Sichere-Herkunftsländer-Regelungen sowie massive Militarisierung der EU-Außengrenzen die Ankunft von Menschen zu stoppen, verlor auch das Migrationsthema und das Thema Rassismus wieder an Bedeutung; der „Bundesantifasommer“ im Jahr 2000 im Gefolge des Schröderschen „Aufstands der Anständigen“ sog in den Bundesprogrammen eine ganze Reihe von Antifa- und Antira-Aktivist\_innen auf und alimentierte sie in den Programmen gegen „Rechtsextremismus“: Ich selbst etwa war im Civitas-Bundesprogramm Berater von Opfern rechter Gewalt im ostthüringischen Gera bei der „Anlaufstelle für Betroffene rassistischer Angriffe und Diskriminierungen“ (ABAD), danach saß ich auf der „Netzwerkstelle gegen rechts“ bei Radio Lotte Weimar und habe schließlich Ende der 2000er Jahre die „Landeskoordinierungsstelle Bayern gegen Rechtsextremismus“ aufgebaut, was ungefähr so anstrengend war, wie die Namen klingen. Da ist viel Energie in Verwaltung, Beantragung und Berichterstattung anstatt in die dringend nötige Arbeit geflos-

### NSU-Tribunal

Das NSU Tribunal bezeichnete eine Großveranstaltung, welche im Mai 2017 vom bundesweiten Aktionsbündnis „NSU-Komplex auflösen“ initiiert wurde und den Perspektiven der Opfer und Angehörige des NSU-Terrors besondere Aufmerksamkeit widmete. Zwischen Kongress und Theateraufführung klagte das Tribunal umfassend Personen und Strukturen, welche den NSU erst ermöglichten an. Ergebnis des Tribunals, das auch die Bündelung einer ungeheuren Antifra-Recherchearbeit war, ist unter anderem die 68-seitige Anklageschrift „Wir klagen an!“: [www.nsu-tribunal.de/](http://www.nsu-tribunal.de/)

sen...  
Mit der Explosion rechter und rassistischer Gewalt seit dem „Sommer der Migration“ sehen sich viele Leute meines Alters mit einem Déjà-vú konfrontiert: Die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linken im Bundestag nach Angriffen auf

Geflüchteten-Unterkünfte allein im Jahr 2016 umfasst 145 Seiten und listet über 2500 solcher rassistischer Angriffe auf, zuzüglich über 200 auf Geflüchteten-Helfer\*innen. Und wieder finden Antira und Antifa, manchmal auch Geflüchteten-Selbstorganisation „notgedrungen“ zusammen, um dem etwas entgegenzusetzen. Das große NSU-Tribunal in Köln Mitte Mai (siehe Erklärbox) kann in dieser Hinsicht als ein neuer Höhepunkt betrachtet werden.

**Commune:** Was kann aus einer anti-rassistischen Perspektive an gängigen Antifaschismus-Konzepten kritisiert werden und was kann aus einer anti-faschistischen Perspektive an Antirassismus kritisiert werden?

**FB:** Die unterschiedlichen Perspektiven werfen der jeweils anderen immer Blindheit für bestimmte Aspekte des Problems vor. Wer nur auf die Nazis deutet und von der Faschisierung der Gesellschaft spricht, übersieht den verbreiteten Rassismus in großen Teilen der Bevölkerung und die Rolle des Staates beim Schüren und Instrumentalisieren dieses rassistischen Mainstreams. Wer indes nur auf gesellschaftlichen, institutionellen und staatlich gewollten Rassismus blickt, übersieht womöglich die rechtsterroristische Bedrohung und Entstehung entsprechender Untergrundnetze, sowie die Rolle des Staates in diesen Szenen über V-Leute und amtliche Verstrickungen.

Insofern enthielt das NSU-Tribunal in vielfacher Hinsicht hoffnungsvolles Potential, hat es doch nicht nur Aktivist\*innen beider Szenen, sondern auch Vertreter\*innen von Betroffenen- und Opfer-Initiativen zusammengeführt und über den NSU-Komplex alle denkbaren Bezüge zu Rassismus, neonazistischer Formierung, staatlicher Verstrickung und gesellschaftlicher Indifferenz, zu Aspekten interna-

tionalen Rechtsrucks und geheimdienstlichen Unwesens einerseits sowie andererseits zu einer dezidiert linken, emanzipatorischen und auch kapitalismuskritischen Positionierung und einer starken Opferperspektive thematisiert. Insofern sollten wir vielleicht lieber vom Tribunal aus denkend an den Potentialen einer „Antifra“-Bewegung weiterdenken, als die historischen Differenzen weiter breitzutreten, oder?

*Das Interview führte Alexander Hummel*

*Friedrich Burschel ist Historiker und Politologe und arbeitet als Referent zum Schwerpunkt Neonazismus und Strukturen/Ideologien der Ungleichwertigkeit bei der Akademie für Politische Bildung der Rosa Luxemburg Stiftung in Berlin. Er ist akkreditierter Korrespondent des nicht-kommerziellen Lokalsenders Radio Lotte Weimar im NSU-Prozess und Mitarbeiter des Internetprojektes NSU-Watch ([nsu-watch.info](http://nsu-watch.info)). Seine Audio- und Printbeiträge zum Prozess und zum NSU sind auf der RLS-Homepage unter **[www.rosalux.de/dossiers/nsu-komplex/](http://www.rosalux.de/dossiers/nsu-komplex/)** zu finden.*

# Wie weiter mit dem SDS?

## Strategiepapier der Marxistisch-Feministischen Gruppe

### I. Studierende und Klasse

#### *1. Dutschke und die Studierenden als revolutionäres Subjekt?*

Für Rudi Dutschke waren Studierende Teil einer neuen revolutionären Avantgarde. Damit lag er damals ziemlich daneben. 68 studierten nur 6% einer Generation und der Großteil der damaligen Studierenden gehörte später zur gesellschaftlichen Elite.

Heute beginnen etwa 45% einer Generation in Deutschland ein Studium. Nahezu alle größeren politisch-gesellschaftlichen Bewegungen – mit Ausnahme gewerkschaftlicher Kämpfe – werden heute von Studierenden oder (meist) prekären Akademiker\*innen unserer Generation getragen: von Sanders-Unterstützer\*innen, Podemos, Syriza, nuit debout oder Occupy. Ein ganzer Teil der akademischen Jugend politisiert sich gerade nach links. Das wird die Linke überall verändern, es ist nur noch nicht klar, wie.

Klar ist, dass uns als größtem und einzigem relevanten linken Studierendenverband in Deutschland eine zentrale Rolle in den nächsten Jahren zukommt. Diese Bedeutung sollten wir ernst nehmen! Klar ist aber auch, dass wir als Studierende nur ein Teil der Gesellschaft sind.

Ohne ein Bündnis mit anderen Klassen/Schichten, insbesondere Lohnabhängigen/Arbeiter\*innen werden wir kaum Veränderungen erreichen können. Um aber selbst wirkmächtig zu werden, brauchen wir ein Verständnis von uns selbst als gesellschaftlichem Akteur und der Klasse.

#### *2. Sag mir wer deine Eltern sind und ich sage dir welcher Klasse du angehörst*

Das bedeutet, studieren, ist immer noch ein Privileg. Wer studiert, hat meist selber Eltern mit akademischem Abschluss und ohne Migrationsgeschichte. Zwar schließt nur ein Drittel der Generation ein Studium auch ab, aber bei so vielen Absolvent\*innen ist trotzdem klar: nur ein kleiner Teil der Studierenden gehört später zur Elite.

Die Herkunft der Studierenden ist sozial gemischt und ihre zukünftige Rolle in der Gesellschaft ist es ebenso. Im SDS zeigt sich das schon daran, dass einige von uns BAföG beantragen müssen, andere nicht. Die meisten von uns haben einen Nebenjob. Manche können aber allein von der Unterstützung ihrer Eltern leben.

Zahlreiche Untersuchungen zeigen, dass die Mehrheit der Studierenden später denselben Status hat wie

vor dem Studium. Wer reiche Eltern hat, wird später wahrscheinlich ebenfalls reich. Im Studium selbst, ist davon mal mehr, mal weniger zu merken. Sicher ist aber, dass Kinder mit studierten Eltern meist schon mehr über die Uni wissen als Studierende aus Arbeiterfamilien oder mit Migrationsgeschichte, die noch dazu finanziell deutlich schlechter gestellt und größeren sozialen Risiken ausgesetzt sind. Zusätzlich sind Studierende mit Arbeiterklassenhintergrund und/oder Migrationsgeschichte häufiger von Diskriminierung betroffen. Selbst die Wissenschaft verleugnet oft ihre Lebenswirklichkeit und trägt somit auch nicht dazu bei, ihre eigenen Interessen zu erkennen und damit die Grundlage für eine gemeinsame Verbesserung zu schaffen. Das merken wir auch im SDS. Wer wie, also auf welche Weise von uns erreicht werden kann, hängt auch von der Herkunftsklasse, sowie von „gender“ und „race“ ab. Studis haben beispielsweise unterschiedliche zeitliche Ressourcen, die davon abhängen, ob sie neben dem Studium arbeiten müssen, ob sie Kinder haben usw. Aufgrund ihrer Sozialisation neigen Frauen\* zudem dazu sich weniger in linken Gruppen zu organisieren, als Männer. Diese Unterschiede sollten wir bei der Ansprache von Menschen im Blick behalten, statt sie zu negieren. Als SDS sollte unsere Politik darauf abzielen, die Bedingungen der Stu-

dierenden und auch unserer Mitglieder unmittelbar zu verbessern. Im AStA/StuRa und in hochschulpolitischen Kämpfen engagieren wir uns daher für eine Ausweitung des BAföGs, eine Abschaffung der (verdeckten) Studiengebühren und Anwesenheitspflichten, ein sozial ausgestaltetes Semesterticket – kurzum: alles was die Lebensbedingungen der Studierenden (insbesondere ohne reiche Eltern) verbessert, mehr Zeit für Bildung, Muße, (Selbst-)Fürsorglichkeit und das Politikmachen schafft.

### *3. Intelligenz und Solidarität*

Doch es ist nicht nur die Klasse, die das Studium und die Politik bestimmt. Im SDS sind weit überdurchschnittlich Studierende sozialer Fächer wie Lehramt, Soziale Arbeit usw. und Studierende mit Fächern mit großem Gesellschaftsbezug: Geistes-, Sozialwissenschaften und stark abgeschwächt Jura und VWL. Andere Fächer erreichen wir bislang viel zu wenig. Ein Interesse an der Gesellschaft und natürlich auch das Herkunftsmilieu (solidarisch-progressiv oder rückwärts-gewandt konservativ) machen einiges aus. Die Interessen der Klasse und solidarische gesellschaftliche Orientierungen ergänzen sich im SDS. Unsere Politik sollte dementsprechend auf beides abzielen: Klasseninteressen und das Interesse an einer solidarischen Gesellschaft.

Studierende sind per se Intellektuelle. Sie erlangen im Studium sowohl ein technisches als auch ein spezielles Wissen über die Gesellschaft. Als linke Studierende haben wir daher die besondere Aufgabe uns um die Verbreitung und Vertiefung dieses Wissens untereinander als auch in der Gesellschaft, dem Betrieb und der Partei zu kümmern. Als Intellektuelle haben wir zudem die Aufgabe uns verstärkt über die Zukunft der Gesellschaft und die Strategie der Linken Gedanken zu machen. Linke Kräfte sind viel stärker als Liberale und Konservative auf politisches Bewusstsein angewiesen. Wie funktioniert die Gesellschaft und wie können wir sie zugunsten der Mehrheit verändern? Fragen, die sich Konservative und Liberale weitaus weniger stellen, denn sie wollen nur den status quo aufrecht erhalten (bzw. haben nur die Interessen von privilegierten Minderheiten vor Augen).

Aber: Intellektuelle neigen oft zur Selbstbespaßung und reiben sich so häufig in unsinnigen Debatten auf. Viel wichtiger ist es für uns „organische Intellektuelle“ (Gramsci) zu werden. Organische Intellektuelle sind mit ihrer Klasse verbunden und üben organisierende Funktionen aus: ob als Reinigungskraft und Betriebsrätin, als Historiker und lokaler Kader der Partei usw. usf. Wer politisch die Gesellschaft aus den Augen verliert, nur theoretisiert oder nur nach dem eigenen Vorteil

strebt, wird nichts erreichen.

## II. Politisierung der Studierenden

Gerade weil wir die Gesellschaft verändern wollen, brauchen wir als demokratische Sozialist\*innen viele Mitstreiter\*innen. Es gibt noch mehr Gründe außer den naheliegenden (man- and womanpower vergrößern). 1. Die Machtressourcen auf konservativer und liberaler Seite sind viel größer. Sie haben den Staat, einen Großteil der Institutionen und viel größere finanzielle Ressourcen. Das merken wir vielerorts schon der ideologischen Vorherrschaft konservativer und liberaler Professor\*innen. Das gleichen Linke traditionell durch große Zahl aus (was bleibt ihnen auch anderes übrig). 2. Wenn der kommende Sozialismus demokratisch sein soll, ist er auf gesellschaftliche Mehrheiten angewiesen.

Die Meinungen wie wir mehr werden und wie wir mehr Studierende politisieren, gehen im SDS und der Linken seit jeher auseinander.

Es gibt im wesentlichen fünf Möglichkeiten um Studierende zu erreichen, wenn sie nicht von alleine auf uns aufmerksam werden:

1. Aktionen
2. Bildungsarbeit
3. Hochschulpolitische Interessenvertretung
4. Events
5. Kultur

### III. Bisherige Debatten

In den bisherigen Strömungsdebatten des SDS vertrat Marx21 eine Aktions- und Eventorientierung.<sup>1</sup> Hochschulpolitik wird von Marx21 hingegen abgelehnt – es sei denn, dass Thema ist gerade als Bewegung relevant (Bildungsstreik, Kürzungen).

Im Vordergrund steht die Politisierung in der Aktion. Und wer könnte das großartige Gefühl leugnen etwas mit andern durchgesetzt zu haben? Ein wichtiger Teil der Politik und auch des Lernens findet in der Aktion statt (*Empowerment*). Auch die Fokussierung auf Events ist Teil linker Politik. Gemeinsam mit anderen auf einer Demo oder einem großen Kongress zu sein, bringt ein gutes Gefühl und stärkt für künftige Auseinandersetzungen. Die Aktionen und Events dienen bei Marx21 (ähnlich bei anderen trotzkistischen Gruppen) dazu möglichst viele Leute zu rekrutieren. Der Inhalt der jeweiligen Veranstaltung, Demonstration und Aktion ist weniger wichtig als die fittesten Leute aus dem jeweiligen Bündnis als Kader zu gewinnen. Insofern wartet Marx21 immer auf die nächste „Bewegung“ (eigentlich eher Bürgerinitiative) um die Mobilisierungsmaschine wieder anzuwerfen (und diese im Zweifel

auch hart gegen andere durchzusetzen).<sup>2</sup> Das Konzept ist relativ ähnlich zu anderen trotzkistischen oder linksradikalen Gruppierungen (oder linken Parteien wie der Rifondazione Comunista oder der Parti de Gauche). Der Preis dafür ist eine relativ hohe Fluktuation der Mitgliederzahl.

Unser Meinung nach ist das zu wenig für einen größeren Studierendenverband (und auch die Partei). Events und Aktionen sind ein Teil der politischen Arbeit. Sie sollten aber nicht zu inhaltsleerem Abfeiern verkommen. Das instrumentelle Arbeiten in Bündnissen hat den SDS (bis heute) bei vielen Bündnispartner\*innen über viele Jahre in Misskredit gebracht. Politische Arbeit sollte auf Augenhöhe ablaufen - innerhalb des Verbandes und mit Bündnispartner\*innen. Ein Beispiel wie eine Aktion ein sinnvoller Teil von politischer Arbeit darstellen kann ist für uns der Frauen\*kampftag. Hier geht's nicht einfach um irgendwas, was gerade Leute „zieht“, sondern um einen Schwerpunkt unserer eigenen Inhalte. Mit dem Frauen\*kampftag konnten wir diesen Schwerpunkt als eine feste wiederkehrende Größe linker Bewegungen und Gegenöffentlichkeit etablieren. Event, Aktion, Inhalte und (Selbst-)Bildung gehen hierbei

1 Bildungsarbeit wird bei Marx21 ebenfalls groß geschrieben (allerdings intern und weniger im SDS).

2 Wenig überraschend hoben Marx21 in ihrem Papier zur Aktionspolitik die Aktionsorientierung des historischen SDS positiv hervor. Leider berücksichtigten sie dabei nicht, dass der SDS sich nur anderthalb Jahre später auflöste.

eine organische Verbindung ein.

#### **IV. Hochschulpolitik als Gesellschaftspolitik**

Für eine langfristige politische Perspektive braucht es mehr als Bewegungshopping (bzw. Bürgerinitiativenhopping). Zentral ist für uns daher die Arbeit an der Uni. Die Uni ist in den letzten Jahren massiv von Sparmaßnahmen betroffen. Die Bildung wird in allen Fachbereichen zunehmend neoliberalisiert. Die Berufsperspektiven sind schlechter geworden und die Finanzierung des Studiums ist mit der Einschränkung des BAföGs, der Einführung offener und versteckter Studiengebühren und der massiven Erhöhung der Mieten schwieriger geworden. Die Uni und das Studium sind daher nicht abgekoppelt von der Gesellschaft, sondern ein Teil des Ganzen. Der Kampf um die Hochschule ist für uns ein wichtiger Teilkampf ums Ganze.

Wir arbeiten daher in Fachschafträten, ASten und Studierendenräten aktiv mit. Über die Verfasste Studierendenschaft lassen sich die Interessen der Studierenden ähnlich wie in der Gewerkschaft vertreten. Wir wissen aber auch, dass heute nur eine Minderheit der Studierenden hochschulpolitisch aktiv oder interessiert ist. Die Arbeit in den Gremien sollte daher zielgerichtet erfolgen, egal ob im HoPo-Referat, im Referat für Politische Bildung, Geschlechtergleich-

berechtigung oder im Referat für studentische Hilfskräfte. Über diese Arbeit lässt sich einiges bewegen und sie muss langfristig ausgerichtet werden.

Verankerung an der Hochschule heißt für uns aber auch gezielte Bündnispolitik an der Uni zu machen. Gute Zusammenarbeit mit anderen linken Gruppen, Gewerkschaften, aber auch linken Dozent\*innen ist für den SDS elementar. Wenn linke Dozent\*innen auf SDS-Veranstaltungen referieren und umgekehrt linke Studis wissenschaftliche Hilfskräfte werden, haben wir an den Unis eine viel tiefere – auch inhaltliche Verankerung.

#### **V. Kampf um die Uni und die Köpfe**

Letztlich muss es uns doch auch darum gehen, die Unis nach links zu verschieben. Wenn bald die Hälfte einer Generation an die Uni geht, ist es gesellschaftlich enorm wichtig welche Inhalte dort vermittelt werden und wie dieser Ort gestaltet ist. Dafür brauchen wir mehr linke Inhalte in den Seminaren und Vorlesungen ebenso wie eine selbstverständliche linke Bildungsarbeit außerhalb universitärer Seminare. Regelmäßige Vorlesungsreihe, Lesekreise usw. sind für die Außenwirkung genauso wichtig wie die Selbstbildung. Letztlich ist der Kampf um die Uni auch ein Kampf um einen der wichtigsten Orte der



Ideologieproduktion und damit der Ausrichtung der ganzen Gesellschaft.

Dieser Bildungsprozess fängt bei uns selbst an. Wir alle leben in einer neoliberalen Gesellschaft und dieses Denken durchzieht uns alle: Ungleichheitsideologien, Konkurrenzdenken und Egoismus. Unsere Aufgabe als SDS ist es daher kritische, marxistische, feministische, rassismuskritische Bildungsarbeit zu machen, die uns auch selbst ermächtigt: Wissen ist Macht, oder nach Marx: Die Idee wird zur materiellen Gewalt, wenn sie die Massen erfasst.

Die Fähigkeit kritischer Analyse und das Wissen um die Widersprüche in der kapitalistischen Gesellschaft + dem Wissen um Gesellschaftsveränderung geht auch nach dem Studium nicht mehr verloren. Unsere Arbeit an der Uni ist daher auch eine Arbeit an einer besseren Zukunft insgesamt.

## **VI. Aktionismus, Berufung und Frustration**

Eine längerfristige Perspektive für den Verband bedeutet aber auch eine realistische Strategie für die Mitglieder zu haben. Wer mit dem Engagement anfängt, ist schnell hoch motiviert dabei und steckt den Großteil seiner Lebenszeit ins politische Engagement. Bei vielen Aktiven setzt dann nach 2-3 Jahren die erste größere Ernüchte-

rung angesichts der Kleinteiligkeit der Veränderungsprozesse ein. Das passiert insbesondere bei – sich als besonders (verbal-)radikal gebärdenden Gruppen aus dem linksradikalen, autonomem, trotzkistischen Spektrum und auch der SDS ist nicht davor gefeit. Deshalb ist es umso wichtiger nicht nur eine studentische, sondern eine realistische Gesellschaftsperspektive zu haben. Das linke Engagement hört nicht mit dem Studium auf wie manche Sprüche à la „Wer mit 20 nicht revolutionär war...“ suggerieren. Das Engagement geht danach unter erschwerten Bedingungen im Beruf, mit Kindern, in der Partei oder anderswo weiter.

Wichtig ist es daher einander nicht allein zu lassen mit den Sorgen und Zweifeln und diese offen anzusprechen. Eine Gewähr gibt es nicht. Auch hier gilt: nur gemeinsam sind wir stark. Wer etwas verändern will, kann das nur mit Genoss\*innen zusammen tun.

Letztlich stellt sich für uns daher auch die Frage wie wir als Verband enger zusammenarbeiten können. Über die Vereinzelung der Basisgruppen werden wir auch nur vereinzelte Nadelstiche setzen können. Was uns momentan fehlt ist ein gemeinsames Projekt, das einerseits viele verschiedene Gruppen und Gruppierungen, aber andererseits auch die verschiedenen

Aktions- und Engagementformen (siehe 3.) organisch miteinander verbindet und so mittelfristig zu einem stärkeren Zusammenwachsen des Verbandes beitragen kann. Das würde uns alle nur stärker machen. Das alles ist nicht nur eine Frage für die Gegenwart, sondern auch die etwas fernere Zukunft: Als marxistisch geprägter Studierendenverband mit vielen Gemeinsamkeiten untereinander werden viele von uns später in Parteien, Bewegungen und Gewerkschaften sein. Unsere gemeinsame Verbandsmitgliedschaft sollten wir daher als Machtressource zur progressiven Veränderung der Organisationen nutzen.

## VII. Überwindung des Kapitalismus

Die Überwindung des Kapitalismus ist eine Lebensaufgabe und sie ist angesichts des Demokratieabbaus, des Klimawandels und des zunehmend autoritärer werdenden Neoliberalismus umso notwendiger! Demokratie und Soziale Sicherheit sind keine Selbstverständlichkeit. Durch die permanenten wirtschaftliche und politische Krise seit 2007 nimmt die politische Polarisierung in der Gesellschaft zu und die politischen Kämpfe werden heftiger. Kapitalismuskritik wird wieder in der Breite diskutiert während der Neoliberalismus immer aggressiver durchgesetzt wird. Feminismus

wird zunehmend bekannt und populär während die Abwehrkämpfe gegen Gleichberechtigung heftiger werden und konservative Versuchen eine Rolle rückwärts gegen das bisher Erstrittene zu organisieren. Ökonomische Unsicherheit übersetzt sich keineswegs direkt in steigendes Klassenbewusstsein sondern teilweise auch in heftigerem Rassismus und Terrorisierung von Geflüchteten.

Wir werden uns ordentlich rein hängen müssen um die Dinge zum Besseren zu wenden. Gehen wir es an!

*Autor\*innen:*

*Bettina Gutperl,*

*Dorian Tigges,*

*Kübra Çiğ,*

*Janis Ehling und*

*Malte Pannemann*

## (Wege aus der) Krise des Jugendverbands

von Jakob Migenda

Unser Jugendverband unterliegt gerade widersprüchlichen Tendenzen. Auf der einen Seite profitieren wir gerade von der enormen Politisierung junger Menschen, die sich gegen die neu formierte Rechte zur Wehr setzen wollen; die Eintritte sind so hoch wie seit Jahren nicht mehr. Auf der anderen Seite muss man die Lage unseres Bundesverbandes als sehr angespannt bezeichnen. Der BSpR besteht aus fünf Menschen, von denen vier aus Berlin kommen, es gibt kaum inhaltliche Bundesarbeitskreise und verbindende Verbandsprojekte ...

Das äußert sich darin, dass Bundesebene, Basisgruppen- und Landesebene auseinanderlaufen. Während auf Basis- und Landesverbandsebene als primäre Anlauf- und Identifikationspunkte relativ viel Arbeit geleistet wird und sich dort mit dem Verband identifiziert wird – durchaus auch auf Kosten der Heterogenität der Meinungen –, ist das auf Bundesebene wenig gegeben; auf Landesebene gibt es je nach Bundesland ein stetiges auf und ab. Im Bundesverband prallen unterschiedliche Positionen aufeinander ohne das eine ordentliche und vorwärtsweisende Diskussion zustande kommt, anstatt in einen

solidarischen Wettbewerb um die beste Praxis einzutreten wird sich vor allem in Grabenkämpfen verschanzt. Ein besonders abschreckendes Beispiel dafür ist dafür die (inoffizielle) facebook-Gruppe. Ihre Vorgängergruppe diente ursprünglich dem Austausch über Projekte und Aktionen der Landesverbände und Basisgruppen, die Gruppe ist aber seit einiger Zeit vor allem ein Ort ständiger gegenseitiger Beleidigungen, wie es unter uns als Genoss\*innen nicht üblich sein sollte. Im Bund fehlt eine Identifikation mit dem Gesamtverband und seinen Projekten. Diese Widersprüche sind nicht neu, aber scheinen sich zu verstärken.

Die in meinen Augen wichtigsten Ursachen will ich kurz in Thesenform zusammenfassen:

### 1. Schlagen die Prekarisierungstendenzen des Neoliberalismus immer mehr durch.

Die Zeitverdichtung nimmt zu. Das betrifft insbesondere das Studium, die letzte Generation aktiver Diplomstudierenden ist weg von der Uni, das ungleich belastungsreichere Bachelor/Master-System ist voll angekommen. Da unser Verband vor allem aus Studierenden und Gymnasiast\*innen besteht, macht sich das sehr stark bemerkbar. Durch die Arbeitsverdichtung fällt es schwerer sich auf mehr Ebenen im Verband zu engagieren als der

Basisgruppe. Zudem ist die politische Kultur in der Gesellschaft stärker davon geprägt sich punktuell projektbezogen zu engagieren als verbindlich über Jahre in einer Partei, darunter leiden besonders linke Gruppen die als einzige Quelle ihrer Macht ihre Mitglieder haben.

## **2. Fehlt bei vielen Menschen der Mut eine relative Heterogenität auszuhalten.**

Es gibt zwar viele Basisgruppen und alte Genoss\*innen, die versuchen neuen Menschen die verschiedenen Positionen aufzuzeigen ohne gleich zu indoktrinieren (auch wenn sie natürlich für eigene Positionen argumentieren), aber es gibt viele Menschen und Gruppen, die Menschen mit anderen Positionen zur Regierungsfrage, Nahostkonflikt, etc. das Links sein absprechen und versuchen ihre Position als alleingültige durchzusetzen. Das kann in Basisgruppen gut gelingen, in Landesverbänden teilweise – auch wenn dadurch viele Menschen und Basisgruppen ab der Landesebene nicht mehr aktiv sind weil sie dort keinen Stich sehen und sich das nicht geben wollen. Aber auf Bundesebene prallen dann diese Positionen aufeinander, ohne dass sich eine Seite grundsätzlich durchsetzen kann, da alle Seiten ihre Hausmächte haben auf die sie sich auch bei Niederlagen zurückziehen können und so die Tendenz des Auseinanderdriftens verstärken.

## **3. Bilden Teile des Verbandes einen Verband im Verband.**

Das gilt insbesondere für den BAK Revolutionäre Linke, in abgeschwächter Form auch für den – zur Zeit schwach aufgestellten – radikalen Teil der Antideutschen. Der BAK RL macht eigenes Material und Kampagnen parallel zu eigentlich bestehenden Bundesarbeitskreisen wie dem BAK Feminismus. Er arbeitet explizit eigenständig nach außen und arbeitet an einer Schließung der eigenen Reihen. Die eigene Arbeitskraft wird nicht in die Entwicklung des Gesamtverbandes gesteckt, sondern in die Stärkung der eigenen Gruppe. Dadurch wird eine Kluft zum Gesamtverband aufgetan. Damit verbunden ist eine Haltung, kaum praktische Arbeit im Bundesverband zu machen, aber gleichzeitig von außen viel an der praktischen Arbeit zu kritisieren und diese als nicht revolutionär genug darzustellen – womit wohl binnensoziologisch die eigenen Reihen gegen den äußeren nicht der reinen Lehre entsprechenden Restverband geschlossen werden und der Graben wiederum vertieft wird. Dabei sind die Widersprüche zur Verbandsmehrheit nicht so grundsätzlicher Natur, dass sie eine solche konflikthafte Haltung notwendig machen würden – der eigentliche Feind steht immer noch außerhalb des Verbandes.

#### 4. Wird der BSpR stark von Berliner Genoss\*innen dominiert.

Diese sind aktive Genoss\*innen, die gute Arbeit machen, aber sie arbeiten in einer besonderen Situation, die mit der Realität in der Provinz – und die fängt schon in Frankfurt am Main an – oft wenig zu tun hat. Der BSpR müsste breiter verteilt sein um eine stärkere Vermittlung von Bundesebene und Basis- und Landesebene herzustellen. Dieses Problem ist weniger Schuld der Berliner Genoss\*innen, die sich aktiv einbringen, sondern hat zwei Gründe: zum einen ist die Bundesebene und ihr Nutzen in Berlin durch die Nähe der Bundesgeschäftsstelle stärker spürbar als anderswo, womit leichter Nachwuchs entsteht und zum anderen bringen sich andere Landesverbände und Strömungen kaum in die Bildung des BSpRs und in Kampagnen ein.

#### 5. Fehlen gemeinsame Identifikationsprojekte.

Ein gemeinsamer äußerer Feind, der von allen gehasst wird oder eine gemeinsame erfolgreiche Kampagne, in die viele Menschen Arbeit stecken, kann ein verbindendes Symbol sein, das die Genoss\*innen aus verschiedenen Hintergründen zusammenbringt. Etwa G8, Dresden-Nazifrei oder (nach einigen Startschwierigkeiten) Blockupy. So treten (Schein-)Konflikte auf Bundesebene in den Vordergrund und die Arbeit vor Ort, die öfters Erfolgs-

erlebnisse bringt wird im Vergleich dazu noch viel attraktiver. G20 und die Jugendwahlkampagne können hoffentlich Identifikationsprojekte für unseren Verband sein.

#### 6. Fehlt eine systematische Ausbildung.

Politik wird von Menschen gemacht und Menschen müssen Handwerkszeug und Analysefähigkeit mitbringen um diese Arbeit gut erledigen zu können. Wenn uns die Analyse fehlt sind wir viel anfälliger dafür nur aus dem Bauch heraus zu entscheiden, sprunghaft zu sein und uns „von jeder Dummheit begeistern zu lassen“. So kommt es das viele von uns sich mit Positionen überidentifizieren (etwa einer mehr oder weniger reaktionären Konfliktpartei eines Konfliktes in Westasien), anstatt zu schauen was drängende Probleme sind und wo die Hebel sind um sie anzugehen. Ohne gut gelerntes Handwerkszeug können wir die viele Arbeit, die täglich zu tun ist schlechter erledigen und sind öfters frustriert. So fehlt uns die dringend gebrauchte (wo) manpower auf Bundesebene, weil zu wenig gut ausgebildete aktive Genoss\*innen zur Verfügung stehen auch noch die Zusatzbelastung der bundesweiten Arbeit auf sich zu nehmen. Eine Wissensweitergabe erfolgt im Verband derzeit nur relativ zufällig durch alte Genoss\*innen vor Ort oder etwas geplanter in Strömungen, aber kaum syste-

matisch. Dem müssen wir mit einer koordinierteren Politischen Bildung begegnen, für die ich gemeinsam mit anderen Genoss\*innen einen Vorschlag in einem BuKo-Antrag unterbreite.

## **7. Herrscht eine Konsumhaltung vor.**

Es ist deutlich, dass viele unserer Mitglieder ein großes Bedürfnis haben Veranstaltungen des Bundesverbandes und der Landesverbände zu besuchen und die Angebote dort zu konsumieren, seien es Aktionen oder Bildungsveranstaltungen. Gleichzeitig wird oft zu wenig dafür getan, dass diese Angebote (gut) gemacht werden – dabei geht es häufig nur um Kleinigkeiten. Es herrscht eher der Gedanke vor, dass es schon irgendjemand da oben tun wird und wenn es nicht so gut läuft, wird schnell gemeckert. Dabei sind wir ein Mitmachverband, der davon lebt, dass Menschen sich engagieren solange wir nicht unsere Kreativität, Klugheit und Kraft gemeinsam einbringen wird sich daran nichts ändern.

Die Kur für dieses Problem ist dementsprechend einigermaßen spiegelbildlich zum Problem: Wir brauchen einen Verband mit vielen gut ausgebildeten Menschen, verbindenden Projekten, an denen viele mitarbeiten, einen breit aufgestellten BSpR und die Fähigkeit von Menschen mit unterschiedlichen

politischen Hintergründen zusammenzuarbeiten. Das sind viele große Aufgaben, für die ich natürlich auch nicht lauter einfache Lösungen parat habe – die müssen wir gemeinsam suchen und debattieren. Dennoch will ich mich auf die Suche nach Ansatzpunkten machen und den in meinen Augen naheliegendsten und stärksten Hebel, skizzieren um konkrete Verbesserungsvorschläge zu machen.

Zusammengefasst bedeutet die Problemlage, dass wir eine Stärkung der Zivilgesellschaft im Verband – im Sinne Hegels und Gramscis – brauchen. Das heißt, dass es eine Bundesebene jenseits des Bundessprecher\*innenrates braucht die aktiv arbeitet und Projekte voranbringt, Inhalte stark macht und sowohl den Verband stärkt und ihm einen politischen Sinn gibt, als auch die derzeit vereinzelt Mitglieder und Basisgruppen integriert und mit dem Bundesverband verbindet und Möglichkeiten zur Identifikation schafft.

Das heißt konkret, dass wir die Arbeit der inhaltlichen Bundesarbeitskreise und Projektgruppen stärken müssen und Arbeit in deren Aufbau stecken müssen. Sie sind erstens ein Ort im Bundesverband in den man sich aktiv einbringen kann ohne einen Halbtagsjob zu machen wie im BSpR, so können Menschen Erfahrung auf Bundesebene sam-

meln und ihre Expertise einbringen. Zweitens können in diesem Rahmen Menschen mit verschiedenen Hintergründen zusammenkommen und diskutieren und so die Vielfalt im Verband zusammenführen und einen. Drittens schaffen sie Produkte von denen der gesamte Verband zehrt: gute Kampagnen wie den Frauen\*kampftag, der im gemeinsamen BAK Feminismus von linksjugend [solid] und SDS entstanden ist, oder das Bildungsprogramm des BAK Politische Bildung auf Winterakademie und Sommercamp, hoffentlich bald eine erfolgreiche G20-Kampagne. Damit können sie das Verbindende unseres Verbandes sein und Produkte schaffen mit denen sich der Verband als Ganzes identifizieren kann.

Dazu kommen natürlich noch andere Baustellen. So ist der Verband etwas sehr stark von Studierenden und Gymnasiast\*innen geprägt. Azubis sind deutlich unterrepräsentiert und es wird zu wenig unternommen unserem Anspruch zu genügen keine bürgerliche Organisation zu sein. Gleiches gilt für Migrant\*innen, die ebenfalls deutlich unterrepräsentiert sind – Ausnahmen wie etwa NRW – bestätigen da eher die Regel. Aber es gibt auch Versuche das zu ändern. In Hessen wollen wir zum Beispiel in diesem Wahlkampf gezielt Berufsschulen statt Gymnasien mit unserer Bustour besuchen, mal

schauen ob es fruchtet. Alleine in der Ansprache von Frauen\* ist der Verbands über weite Strecken recht aktiv, auch wenn das Geschlechterverhältnis im Verband dennoch unangenehm ist.

In meiner kurzen Analyse habe ich mich bewusst politisch relativ zurückgehalten und vor allem den technischen Rahmen betrachtet. Ich bin für eine marxistisch-feministische, bewegungsorientierte, kritisch parteiorientierte, linkssozialistische Ausrichtung des Jugendverbandes und bin der Überzeugung, dass das die richtige und erfolgsversprechende Linie für uns ist. Aber eine Debatte über unsere Ausrichtung müssen wir im Rahmen eines funktionierenden Verbandes führen und Rücksicht auf dessen Funktionsfähigkeit nehmen – in Rambomanier seine eigenen Positionen durchbringen schadet dem Verband und damit der eigenen Positionen in jedem Fall. Lasst uns also gemeinsam solidarisch über die Ausrichtung unseres Verbandes streiten und dann auch gemeinsam anpacken!

# Arbeit, Identität und der Kampf – freie Arbeiter\*innen vs. Migrant\*innen?

Janis Ehling rezensiert die Übersetzung von „Workers of the world“ von Marcel van der Linden

Marcel van der Linden gewaltiges Werk lässt sich als Gegenentwurf zu Marx und marxistischen Betrachtungen der Arbeit und der Arbeiterinnen lesen. Schon zu Beginn grenzt er sich von Marxens Vorstellungen ab.

Nun könnte man das Buch nach der Einleitung als ketzerisch beiseite legen. Doch das Lesen des Buches lohnt sich. Ähnlich wie E.P.

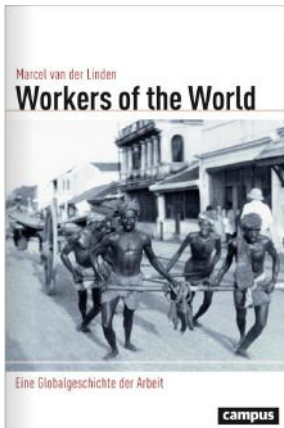
Thompson mit seinem monumentalem Werk über die Entstehung der englischen Arbeiterklasse versucht van der Linden sich an einer sehr genauen Betrachtung der Arbeit und der Arbeiter\*innen – nur eben auf globaler Ebene.

## Doppelt freie\*r Lohnarbeiter\*in oder Arbeitssklav\*in?

Doch um van der Lindens Ausführungen besser einordnen zu

können, braucht es einen kleinen Exkurs zu Marx: Nach Marx ist die Durchsetzung kapitalistischer Verhältnisse ein äußerst brutaler Prozess. Gerade im Mutterland des Kapitalismus, Großbritannien, wurden die Menschen vom Land vertrieben und ihrer Lebensgrundlage beraubt. Was heute kaum noch jemand weiß: die schottischen Highlands waren im 17. Jahrhundert viel dichter besiedelt als heute. Für die Schafzucht wurde ein Großteil der Einwohner\*innen gewaltsam vertrieben. Diese Vertreibung der Menschen vom eigenen Land und die daraus folgende Verstädterung ist bis heute relativ typisch für die Durchsetzung kapitalistischer Verhältnisse. Die Menschen wurden ihres Landes, ihrer Arbeit und damit ihrer Lebensgrundlage beraubt. Sie waren nun doppelt frei: frei von feudaler Leibeigenschaft aber auch frei von Eigentum und damit gezwungen ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Der moderne Arbeiter hat nach Marx daher nichts als seine Ketten zu verlieren.<sup>1</sup>

Marcel van der Linden stellt das infrage. Für ihn ist die doppelt freie Lohnarbeit historisch die absolute Ausnahme. Arbeiter\*innen waren meist alles andere als frei. In den meisten Ländern und Gesellschaften dominierten Formen unfreier





Arbeit: Sklaverei, Knechtschaft oder verschiedene Formen von Zwangsarbeit. Und die Formen waren viel differenzierter als wir uns das heute meist vorstellen.

Das betraf keineswegs nur das Klischee der „schwarzen“ Sklaven. Auch auf dem Gebiet des heutigen Deutschlands, der Schweiz und Österreich gab es verschiedene Formen der Zwangsarbeit. In Mecklenburg wurde Dörfer mit ihren Bewohner\*innen als Besitz verkauft. Relativ berühmt ist auch der Verkauf hessischer und württembergischer Soldaten an andere kriegführende Parteien in Europa und Amerika. Ebenso verbreitet war die Fronarbeit. Bauern erhielten ein Stück Land und mussten dafür für den Landesherrn oder die Kirche auf deren Land mehrere Tage die Woche unentgeltlich arbeiten. Bis in die 70er des 20. Jahrhunderts gab es in der Schweiz „Verdingkinder“ die auf großen Bauernhöfen – oft unter höllischen Bedingungen – zwangsarbeiten mussten.

Neben der Zwangsarbeit bestreitet van der Linden auch das gänzliche Fehlen von Eigentum. Er weist darauf hin, dass die Arbeiter und Sklavinnen – bis heute – oftmals auch eigenes Land besaßen. 6 Tage die Woche arbeiteten sie zum Beispiel für ihre Herrn und am „freien Tag“ bewirtschafteten sie ihr eigenes Land. Selbst in den Slums oder ei-

ner Großstadt im Westen gibt es Formen der Subistenzwirtschaft – man denke nur an die Kleingartenkolonie oder den Hühnerkäfig im Abstellraum.

## Formen des Widerstands

Da van der Linden eben nicht die klassischen Formen der Arbeiterbewegungen betrachtet, kommt er zu einigen teils überraschenden Erkenntnissen. Er zeigt auf, dass zum Beispiel die Plantagensklaverei nur eine von vielen Formen der Sklaverei in der westlichen Welt war. Weniger bekannt ist, dass auch Sklav\*innen in den Manufakturen und Fabriken in den Nordstaaten der USA arbeiteten. Diese Sklavinnen waren teils hochqualifiziert. Teils waren sie Vorarbeiter und ihnen unterstanden mitunter sogar weiße oder andere Vertragsarbeiterinnen.

Natürlich hatten sie als qualifizierte Arbeitskräfte auch einiges Druckpotenzial und das nutzten sie durch verschiedene Formen des Streiks um bessere Arbeitsbedingungen oder höhere Löhne (ja auch Sklav\*innen wurden teilweise bezahlt).

Ebenso vielfältig sind die Formen der Zusammenarbeit zwischen den Arbeitern in Westeuropa. Die Arbeiterinnen bildeten nicht nur Genossenschaften, Gewerkschaften und Parteien. Sie gründeten auch die ersten Versicherungen: vor al-

lem Arbeitslosen- und Krankenversicherungen, die erst viel später in Reaktion auf die Selbstorganisation der Arbeiter staatlich wurden. Das zeigt auch nochmal wie wenig selbstverständlich alle hiesigen Errungenschaften sind. Der ganze „Sozial- und Wohlfahrtsstaat“ beruht auf Ideen der Arbeiter selber und wurde auf Druck der Arbeiterinnen oder aus Angst vor ihnen umgesetzt.

### **Identitätspolitik und Migration**

Doch die Untersuchungen von van der Linden zeigen ebenso, dass die Zusammenarbeit von Arbeitern oft auch eine Kehrseite hatte. Die Vereinigungen der Arbeiter richteten sich hin und wieder auch gegen andere Arbeiter. Es waren meist die hochqualifizierten Arbeiterinnen, Knechte oder Sklaven, die sich organisierten. Ihre Organisation richtete sich hin und wieder gegen andere Gruppen von Arbeiter\*innen.

Besondere Berufsgruppen bildeten einen eigenen Stolz und teils sogar eine eigene Kultur. Auch die Arbeiterbewegung hatte eine starke Identität – und machte Identitätspolitik. Gruppen von Menschen bilden immer Identitäten aus. Eine gemeinsame Organisation ohne gemeinsame Identität ist kaum denkbar.

Am Anfang zeigte sich das bei Handwerksmeistern und anderen Zünften, später dann in der Arbeiter\*innenbewegung. Nicht selten richtete sich die Organisation der Arbeiter gegen untere Schichten oder migrantische Arbeitskräfte. Die Organisation der Arbeiterbewegung produzierte teils sehr widersprüchliche Ergebnisse. Zum Beispiel setzten sich US-Gewerkschaften in den 20ern für einen Migrationsstopp ein, um selber schlagkräftiger zu werden. Denn je mehr Arbeitskräfte frei verfügbar sind, desto schlechter ist meist die Verhandlungsposition der Gewerkschaften, da sich die Unternehmen aussuchen können, wen sie einstellen. Schließlich hatten sie Erfolg. Die US-Regierung begrenzte die Migration und in den frühen 30ern setzten unter anderem die US-Gewerkschaften die größten sozialen Errungenschaften der Vereinigten Staaten überhaupt durch – was aber keineswegs nur am Migrationsstopp lag. Diese Haltung der Gewerkschaften gegenüber Migrant\*innen ist nicht untypisch. Meist ändern sie ihre Haltung erst, wenn derart viele Migrant\*innen im Land sind, dass ihre Illegalisierung mehr Nach- als Vorteile hat – zum Beispiel durch Schwarzarbeit. So war es zum Beispiel in Deutschland und Großbritannien. Erst seit nach einigen Jahrzehnten begannen die Gewerkschaftsverbände in den 70ern die Migrant\*innen – auch aufgrund migrantischer

Arbeitskämpfe – zu organisieren. Seitdem engagieren sich die meisten deutschen und englischen Gewerkschaften verstärkt gegen Rassismus, weil eine Spaltung der Arbeiter\*innen ihnen schadet.

Wen das überrascht, der hat die Widersprüche in der historischen Arbeiterbewegung schon nicht zur Kenntnis genommen. Davon sind auch die Begründer des Marxismus, Marx und Engels, nicht frei. Sie gingen die irischen Arbeiter\*innen in Großbritannien in ihren früheren Texten massiv als zersetzende Elemente an. Der Katalog an Beschimpfungen über die „Neger“ Großbritanniens – gemeint waren die Ir\*innen – findet kein Ende. Erst später haben sie diese Auffassung korrigiert und auch die Iren als wichtige Teile der Arbeiterklasse erkannt.

### Lesen oder nicht?

Van der Linden geht die Arbeit mit einem ganz anderen Erkenntnisinteresse als Marx oder Engels an. Ihn interessiert tatsächlich die Arbeit und die Aktionen der Arbeiter. Er untersucht den Gegenstand zwar auch mit sichtbarer Sympathie, hält sich aber mit Prognosen oder politischen Theorien sehr zurück.

Van der Lindens Arbeit kann daher nur eine Ergänzung zu Marx und Co darstellen. Doch seine Arbeit ist

verdienstvoll, weitet sie doch den Blick über Europa und Nordamerika hinaus und nimmt die globalen Verhältnisse in den Blick. Man muss von der Lindens Erkenntnisse nicht mögen, aber seine Fragen sind für die heutige Linke von allerhöchster Relevanz. Das große Manko des Buches ist aber sicher sein stolzer Preis. Trotzdem, es lohnt sich.

*Marcel van der Linden: Workers of the World – eine Globalgeschichte der Arbeit. Campus Verlag 39,95€*

## Sommerakademie von Die Linke.SDS – Marxismus 2.0 - mit und jenseits der Klassiker: Auf der Suche nach Antworten | 1.–4. September | Naturfreundehaus Hannover

„Der Verband hat mittlerweile so viele Gruppen wie nie zuvor. Viele Genoss\_innen sind dazu gekommen. Höchste Zeit sich also wieder über eine gemeinsame Analyse und Praxis zu verständigen. Anknüpfend an die guten Erfahrungen im Jahr 2016 wollen wir bei der SDS-Sommerakademie 2017 theoretische Grundlagenarbeit und eine Orientierung am praktischen Nutzen verbinden.

Daher schlagen wir für das nächste Jahr verschiedene inhaltliche Schienen vor, in denen wir uns bilden und davon ausgehend Positionierungen für uns als SDS erarbeiten können.

Die einzelnen Schienen sollen so gestaltet sein, dass ein Einstieg auch ohne Vorwissen möglich ist um so sicherzustellen, dass die Akademie auch für Neumitglieder und neue Gruppen attraktiv ist.

Für die Organisation der Akademie wollen wir auch gezielt Verbündete außerhalb des SDS ansprechen umso Kontakte für einen langfristigen Austausch zu schaffen.“

*(Bechluss „Sommerakademie 2017 - Marxismus 2.0 - mit und jenseits der Klassiker: Auf der Suche nach Antworten“, XIX. BuKo vom 16.-18.Dezember 2016 in Berlin)*

Dieses Jahr wird es zwei Podiumsdiskussionen zu den Themen „**Eine neue Linke? - jung, urban, studentisch**“ und „**Intersektionalität oder marxistische Klassenorientierung?**“, sowie fünf Workshopschienen zu den folgenden Themenbereichen geben:

- Die Aufgaben der Studierenden im Klassenkampf
- Jubiläum 150 Jahre Kapital – eine aktuelle Kritik der Politischen Ökonomie
- Was tun? Politische Theorie und Praxis im 21. Jahrhundert
- „alle Verhältnisse umzuwerfen“ – Aus der Unterdrückung zur politischen Macht
- Globale Herrschaft – Von Krieg, Frieden und Freihandel

Wir haben das ganze Haus gemietet und es gibt dazu ein großes Grundstück mit viel Wiese, Lagerfeuerplätzen usw. Wir bezahlen die Anreise im Regionalverkehr oder von mehreren Genoss\*innen im Auto. Der Teilnahmebeitrag beträgt **40 €**.

Die Anmeldung ist möglich unter:  
**janis.ehling@linke-sds.org**